

## Die Zunahme des Notenumlaufes und der bargeldlose Zahlungsverkehr.

Die hohe Steigerung des Notenumlaufes durch die neuerliche Aufnahme von Schuldscheinanleihen seitens Oesterreichs bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist von der Staatsschulden-Kontrollkommission bereits beleuchtet worden. Diese Erscheinung der hohen Steigerung des Notenumlaufes ist allerdings auch in den anderen Ländern wahrzunehmen, dort ist aber das Deckungsverhältnis weitaus günstiger. In England ist er auf das Achtfache des Friedensumlaufes gewachsen und in Frankreich, wo der Notenumlauf Anfang Juli 1914 noch mit 6,8 Milliarden Frank kontingentiert war, mußte das Notenkontingent auf 30 Milliarden Frank erhöht werden.

In Deutschland geht man jetzt daran, eine über das ganze Reich auszudehnende Organisation zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu schaffen. Der Anregung dieses Vorschlages, Reichsbankpräsident Havenstein, hat vor kurzem seine Anschauungen darüber in einer hiezu in der Reichsbank abgehaltenen Besprechung von Vertretern der großen Verbände, Kreditinstitute und Behörden entwickelt.

Reichsbankpräsident Havenstein wies darauf hin, daß die Notwendigkeit, die Zahlungsmittel in Deutschland zu verbessern, längst erkannt und Gegenstand der Bestrebungen aller daran interessierten Stellen gewesen sei, ohne daß indes bisher eine durchgreifende Veränderung des bisherigen Zustandes herbeigeführt worden sei. Eine Reihe von Gründen erkläre das Anwachsen des Umlaufes an papierernen Zahlungsmitteln in Deutschland. Die Verhältnisse bei Feinden und Verbündeten sind allerdings zum Teil noch schlimmer als in Deutschland. Selbst in England ist der papierne Geldumlauf auf das Achtfache des Friedensumlaufes der Noten gestiegen. Die Folge des gesteigerten Umlaufes an papierernen Zahlungsmitteln ist auch in Deutschland eine außerordentliche Verschlechterung der Deckungsverhältnisse der Banknoten gewesen. Daß es hinsichtlich der Metalldeckung bei unseren Verbündeten und Feinden zum Teil noch schlechter aussieht als in Deutschland, ist kein besonderer Trost. Bessere Deckungsverhältnisse sind notwendig im Interesse unseres Geldumlaufes und im Interesse unserer Geldpolitik, aber auch im Interesse unserer Wälu ta. Für sie spielt das Moment des Vertrauens eine sehr große Rolle, denn Mißtrauen verschlechtert die Zahlungsbilanz, weil es die Waispekulation im Auslande fördert. Dagegen regt Vertrauen die Waispekulation an. Für das Vertrauen sind aber wieder die Deckungsverhältnisse mit ausschlaggebend, die deshalb gebessert werden müssen. Die Valutafrage wird namentlich in der Zeit der Übergangswirtschaft an Bedeutung gewinnen. Eine Einfuhr von etwa 12 Milliarden aus Ungarn bedeutet einen Verlust von jährlich 3 Milliarden, wenn man ein Disagio unserer Währung von nur 25 Prozent ins Auge faßt.

Die Notwendigkeit, unseren Papiergeldumlauf einzuschränken, ergibt sich namentlich aus den Anforderungen, die in der Friedenswirtschaft an den Geld- und Kapitalmarkt herantreten werden. Die stärkere Inanspruchnahme der Darlehensklassen nach Beendigung des Krieges namentlich im Zusammenhang mit der Aufnahmekaktion für die Kriegsanleihen wird eine weitere Vermehrung des Zahlungsmittelbedarfes bringen. Die allgemeine Einbürgerung der bargeldersparenden Methoden liegt deshalb im Interesse unserer Währung wie im Interesse unserer Volkswirtschaft überhaupt. Zur Erreichung dieses Zweckes muß an Stelle der bisherigen Kräftezersplitterung eine gemeinsame, gleichzeitige und unausgesetzte Arbeit treten, zusammengefaßt in einer großen, das ganze Reich überziehenden Or-

ganisation. Überall soll an die Reichsbank ein Kreis von Helfern, die aus Vertretern der großen Verbände, Kreditinstitute und Behörden bestehen sollen, angegliedert werden. Diese Kreise sollen in einer Zentralstelle zusammengefaßt werden, von der allgemeine Richtlinien ausgegeben werden. Die Organisation wird eine große Hilfe haben an der bereits bestehenden Werbeorganisation für die Kriegsanleihen.

Die Zentralstelle ist gedacht als ein dauernder Mitarbeiterbeirat, der in enger Fühlung mit der von der Reichsbank geschaffenen besonderen Stelle, der Abteilung für bargeldlosen Zahlungsverkehr, arbeiten soll.

Es ergab sich der Eindruck, daß der Vorschlag der Reichsbank, eine umfangreiche Organisation für das ganze Reich zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ins Leben zu rufen, bei allen Erschienenen auf fruchtbaren Boden gefallen war und allseitige Zustimmung gefunden hatte.

### Ungarn und die Noteninflation.

Die letzte Steigerung des Notenumlaufes durch zwei an die österreichische Finanzverwaltung gewährte Darlehen der Notenbank wird in Ungarn in lebhaftester Weise besprochen. Der „Pester Lloyd“ schreibt u. a.:

Ein Notenumlauf von zwanzig Milliarden hört auf, ein Spaß zu sein, insbesondere, wenn in Betracht gezogen wird, daß die so rapid einsetzende Steigerung einzig und allein auf die geradezu verhängnisvolle Finanzpolitik zurückzuführen ist, die in Oesterreich nun schon seit so langer Zeit getrieben wird. Von dem Tage, an dem nach mehrjähriger Pause der Reichsrat wieder zusammengetreten ist, in dessen Hallen von den Volksvertretern offen oder unter leichter Hülle an den Grundbalken des Staatsgebäudes gerüttelt wird, wurden dort Tausende von Millionen für innere Ausgaben votiert, ohne daß es den verschiedenen Finanzministern gelungen wäre, die Steuererhebung in der Weise zu vervollständigen, daß die Bedeckung der Kriegsanleiheverzinsung gesichert werde. Ein für die brennenden Bedürfnisse des Staates vollständig gleichgültiges Parlament, das von einer die Verhandlung verschleppenden Vertagung zur anderen taumelt, stammelt seine Proteste gegen die Anwendung des famosen Paragraphen 14 der Verfassung und überläßt der Finanzverwaltung die peinliche Sorge, für die unanschließbaren Bedürfnisse des Tages die Mittel zu beschaffen. Was Wunder, daß jede Stunde neue Ueberraschungen bringt, daß trotz der Resolutionen des Abgeordnetenhauses die Notenpresse der Bank ununterbrochen in Anspruch genommen wird, daß plötzlich die Mitteilung in die Öffentlichkeit bringt, daß der von allen Seiten bedrängte österreichische Schatzminister auf Grund zweier Obligationen die Bagatelle von 1,9 Milliarden Kronen von der Bank geborgt habe.

Die Art und Weise, in der sich Oesterreich die Kostenbedeckung des Krieges beschafft, ist wohl dessen ureigenste Sache, aber nur insoweit sie nicht unsere Interessen und zwar unsere vitalsten Interessen berührt. Das ist aber der Fall, wenn unser Bundesgenosse eine gemeinsame Institution, und das ist die Oesterreichisch-ungarische Bank, in solchem Maße in Anspruch nimmt, daß dadurch die Regelung unserer Geldverhältnisse in kaum zu übersehende Fernen hinausgerückt wird. Wir stehen unter dem Drucke der Inflation, wir büßen die schweren finanziellen Verfehlungen Oesterreichs mit der bisher nahezu zur Unerträglichkeit gesteigerten Verteuerung aller Güter und werden die Furcht nicht los, daß aus dieser beispiellosen Verschuldung an die Notenbank sehr arge Konsequenzen entstehen können.

Es ergibt sich hier unwillkürlich die Frage, ob die Regierungen beider Staaten der Monarchie nicht Abmachungen getroffen haben, die nicht nur das Recht zur quotenmäßigen Inanspruchnahme der Bank enthalten, sondern auch die Grenze für die Vermehrung der Notenummengen bestimmen. Es ist nicht möglich, daß diese allerdings leichteste Form der Schuldaufnahme unablässig und in schrankenloser Weise in Anspruch genommen werde. Was wird geschehen, wenn der wenig arbeitsfähige Reichsrat die Bewilligung zur Notenummission nicht erteilt und die österreichische Regierung dadurch gezwungen sein sollte, allmählich ihre Schuld bei der Bank auf zwanzig oder gar fünfundschwanzig Milliarden zu erhöhen? Das wäre gleichbedeutend mit einer totalen Zerrüttung der Geldverhältnisse und würde einen für beide Staaten unerträglichem Zustand schaffen. Es gibt nur ein Mittel zur Abhilfe, und das ist die Bemühung der österreichischen Regierung, die weitere Verschuldung bei der gemeinsamen Notenbank zu unterlassen und sich auf andere Weise Geld zu beschaffen. Wir haben in diesem Betracht keine Ratschläge zu geben, aber hinweisen können wir darauf, daß man drüben die Ausgabe von Schatzwechseln oder Schatzscheinen dringend empfohlen hat, ohne daß sich jedoch der Finanzminister zu derartigen Transaktionen herbeigelassen hätte. Unsere Finanzminister haben diesen Weg betreten und damit einen Erfolg errungen, so daß Ungarn bei der Notenbank im quotenmäßigen Verhältnis zu Oesterreich beiläufig um zwei Milliarden Kronen weniger geborgt hat, denn sonst wären wir heute schon bei einem Umlauf von etwa 23 Milliarden Kronen angelangt.

Wenn man uns verübelt, daß von hier aus gegen die übermäßige Inanspruchnahme der Notenbank von Seiten Oesterreichs ernste Bedenken geltend gemacht werden und man uns sogar damit droht, daß die österreichischen Banken sich fernerhin von den ungarischen Finanztransaktionen zurückziehen werden, so habe wir darauf nur die eine Antwort: Gegen die Noteninflation haben alle Finanzfachmänner sowie die verschiedenen Parteien des österreichischen Parlaments entschieden Stellung genommen, denn jeder Sachmann ist davon überzeugt, daß durch den Bestand einer riesigen Schuld an die Notenbank die Herstellung einer geordneten Valuta auf Jahrzehnte vereitelt wird und daß die Teuerung durch die Ueberchwemmung mit ungedeckten Betteln, die in Friedenszeiten fortbauern muß, unsere Konkurrenzfähigkeit im internationalen Verkehr total schmelzen würde.